

Vom Beitrittswunsch zur Bedrohung

Eine neue Publikation zum schwierigen Verhältnis von NATO und Russland

Hat der Westen in der Frage der NATO-Ost-Erweiterung Russland hinters Licht geführt? Und liegt in diesem „gebrochenen Versprechen“ die Ursache der russischen Militäraktionen gegen Georgien und die Ukraine? Diese Fragen erhitzen seit geraumer Zeit die Gemüter. Die Sicherheitsexpertin Oxana Schmies hat einen instruktiven Sammelband herausgegeben, in dem sich sowohl Zeitzeugen als auch Analytiker mit dem Verhältnis des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zu Russland auseinandersetzen. Boris Jelzin weckte am 20. Dezember 1991 hohe Erwartungen, als er einen russischen NATO-Beitritt zum „langfristigen politischen Ziel“ erhob. Noch im Jahr 2000 soll Putin Präsident Clinton gefragt haben, was er von diesem Plan halte. Solche Äußerungen wirken heute wie aus der Zeit gefallen. Mittlerweile erblickt die NATO in Russland die „Hauptbedrohung“ für die nächsten zehn Jahre.

Die Abneigung beruht auf Gegenseitigkeit. Der Kreml hatte die Ost-Erweiterung schon in der nationalen Sicherheitsstrategie von 2009 als „inakzeptabel“ bezeichnet und diese Formulierung 2015 noch einmal bekräftigt. Am Anfang der russischen Jeremiaden über die NATO steht James Bakers berühmte Formulierung „Not one inch eastward“, die am 9. Februar 1990 in einem Treffen mit Gorbatschow fiel. Damals verzichtete Gorbatschow allerdings auf eine schriftliche Fixierung dieser Aussage, die von amerikanischer Seite als Verhandlungsposition und von russischer Seite als Zusicherung aufgefasst wurde.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion drangen zahlreiche osteuropäische Staaten auf eine Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis. Die NATO war sich allerdings uneinig. Im Sommer 1993 wurden in Washington intensive Diskussionen geführt. Das Pentagon war gegen eine Ost-Erweiterung, die Regierung dafür. Am Ende stand ein Kompromiss, in dem den osteuropäischen Ländern eine „Partnership for Peace“ angeboten wurde. Allerdings präzisierte Präsident Clinton bereits im Januar 1994, dass die Frage eines NATO-Beitritts für diese Länder nur eine „Frage des Wann und Wie“ sei. Eine entscheidende Rolle spielte in Washington, London und Paris der Jugoslawien-Krieg, der allen die Notwendigkeit eines starken Militärbündnisses in Europa klar vor Augen führte.

Man kannte Moskaus Empfindlichkeiten, war aber bereit, eine Abkühlung der Beziehungen in Kauf zu nehmen. Clinton bezeichnete Russland als „unglaubliches Chaos“. Der Kreml hatte gerade eine tiefe Verfassungskrise durchgestanden, in Tschetschenien kündigte sich ein Krieg an, die Wirtschaft befand sich im freien Fall. In der Frage der NATO-Erweiterung spielten auch Rivalitäten zwischen den westlichen Bündnispartnern eine Rolle: Großbritannien blickte skeptisch auf eine



Putins Feindbild: NATO-Hauptquartier, vor dem auch Flaggen osteuropäischer Staaten wehen

Foto dpa

engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, Frankreich hielt überhaupt vorsichtige Distanz zur NATO, und Deutschland wollte seine östlichen Nachbarn nicht verärgern. Auf beiden Seiten des Atlantiks war man sich einig, dass das schwankende Russland „kostengünstig“ stabilisiert werden müsse. Die Administration Clinton hätte sogar eine Aufnahme Russlands in die NATO unterstützt, wenn es sich zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie entwickeln würde.

Die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Kremls gingen in eine andere Richtung. Im Januar 1994 schlug Jelzin Clinton „eine Art Kartell zwischen USA, Europa und Russland“ vor, das die Welt sicherheit garantieren würde. Als eine mögliche Strategie schwebte ihm dabei eine Aufwertung der KSZE vor. Der Kreml fühlte sogar vor, ob für die Europäer ein Sicherheitssystem denkbar wäre, in dem die USA „nicht notwendigerweise“ vertreten sind. Russland kündigte an, in diesem Fall seine Streitkräfte zu reduzieren. Am Ende fiel die Entscheidung in einem kurzen Zeitfenster: Die NATO-Ost-Erweiterung wurde nicht vor den russischen Präsidentschaftswahlen im Juli 1996 publik gemacht, um Jelzins Bestätigung im Amt

nicht zu gefährden. Umgekehrt wollte Clinton mit genau diesem Punkt seine eigene Wiederwahl im November 1996 stützen. Um Russland zu beschwichtigen, gab die NATO Dezember 1996 eine Erklärung ab, dass die Allianz „keine Absicht, keinen Plan und keinen Grund“ habe, Atomwaffen in den neuen Mitgliedsländern zu stationieren. 1997 unterzeichneten die NATO und Russland eine Grundakte zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Federführend war dabei der stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott, der sich eng mit NATO-Generalsekretär Javier Solana abstimmte. Allerdings gerieten dabei die europäischen Alliierten ins Hintertreffen. Solana versuchte die Situation zu entschärfen, indem er den amerikanischen Formulierungsvorschlag für die Grundakte als seinen eigenen ausgab. Allerdings merkte ein britischer Vertreter an, dass Solana wenigstens die Rechtschreibung anpassen müsse, wenn er seine transatlantischen Ghostwriter verbergen wolle.

Zweifelloso befinden sich die Beziehungen zwischen NATO und Russland heute auf einem historischen Tiefpunkt. Russland verfolgt eine „Flankenstrategie“, wie es der Politologe Gleb Pavlovsky nennt. Damit sind kleine Ausfälle und Sti-

cheleien gegen den Feind gemeint. Russland habe diese Flankenstrategie perfektioniert und operiere aus einer Position der Schwäche gegen wirtschaftlich und militärisch mächtigere Gegner wie die EU oder NATO. Die „Flankenstrategie“ unterscheide nicht zwischen dem Anschein von Macht und wirklicher Macht. Russland schaffe sich heute ohne Rücksicht auf Verluste Feinde, um in einem „Ghetto der Unpopularität“ Verbündete zu gewinnen. So werde Putin zum „deus ex machina“ für Autokraten wie Maduro oder Lukaschenko. Pavlovsky verortet Russland allerdings bereits auf dem Weg in eine Post-Putin Ära. Auch der Oppositionspolitiker Vladimir Kara-Murza erblickt im Bedürfnis der Bürger nach „Freiheit in Würde“ den wichtigsten Treiber für einen möglichen Wandel der russischen Außenpolitik. ULRICH SCHMID



Oxana Schmies (ed.): NATO's Enlargement and Russia. A Strategic Challenge in the Past and Future.
Ibidem Verlag, Stuttgart 2021.
284 S., 39,90 €.